

Für Laibach:

Ganzjährig	9 fl. 40 fr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Mit der Post:

Ganzjährig	11 fl. — fr.
Halbjährig	5 „ 60 „
Vierteljährig	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 6 fr.

Tagblatt.

Bahnhofgasse Nr. 120.

Expedition und Inseraten-Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Steinmann & Fr. Bamberg).

Inserationspreise:

Für die einseitige Petitzeile 3 kr bei zweimaliger Einschaltung 4 1/2 kr dreimal 6 1/2 kr. Inserationsheftel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuskripte nicht zurückgesendet.

Nr. 216.

Donnerstag, 21. September 1871. — Morgen: Mauritius.

4. Jahrgang.

Einladung

an die

Mitglieder des Konstitution. Vereins in Laibach

zu der

Vereinsversammlung

am 22. September 1871 Abends 7 Uhr im Schießstättenaale.

Tagesordnung: 1. Diskussion des Austrittes der verfassungstreuen Minorität aus dem krainer Landtage. 2. Besprechung der Regierungsvorlagen, betreffend Aenderung der Landesordnung und des Anhanges zu derselben.

Vom Ausschusse.

Die neue Wahlordnung.

Nie wohl hat eine Regierung mit ihren Vorlagen größeres Mißgeschick befahren, als das ultra-liberale Ministerium Hohenwart. Wie sehr sie dieselben auch mit liberalem Flitter behängt, wie schöne Dinge sie auch durch Herrn Schöffle's kundige Hand in ihre Entwürfe hineinspinnen läßt, es will alles nicht verfangen; so sehr die „Wiener Abendpost“ sich müht, nachzuweisen, die Regierung sei bei ihren Vorlagen über die Aenderung der Landeswahlordnungen „nicht von dem einseitigen Standpunkte einer politischen Partei ausgegangen, sondern von dem Standpunkte der allgemeinen Billigkeit,“ so wenig glaubwürdig wird diese Beteuerung bei einiger Prüfung der neuen Wahlordnungen. Es müßte auch wunderbar zugegangen sein, wenn eine Regierung, die von allem Anfang an, wie zum Hohn ihres Wahrspruches „über den Parteien,“ ausschließlich nur nationale, klerikale und feudale Verfassungsgegner in ihre Pläne eingeweiht, wenn eine Regierung, die

bei den Wahlen ausschließlich den Zweck verfolgte, eine verfassungsfeindliche Zweidrittelmajorität zusammen zu bringen, eine Wahlordnung zu Stande brächte, die das Präbkat „gerecht und billig“ verbiente. Wer will es unsern verfassungstreuen Landtagen verdenken, wenn sie an alles und jedes, woran außer den Ministern nur noch Clam-Martiniß, Thun und Kieger ihre bessernde Hand gelegt, mit entschiedenem Mißtrauen herantreten? Leider zeigt eine eingehende Prüfung, daß in jeder Zeile der neuen Wahlordnungen alles andere als Gerechtigkeit und Billigkeit sich ausprägen, daß diese Entwürfe nicht die Schöpfung einer gerechten, über den Parteien stehenden Regierung, sondern nur ein Wackwerk ihrer Einbläser, der Junker und Hochkirchler sein kann, die es auf tödtliche Schädigung des Bürgerthums abgesehen.

Sie sind dabei auch auf der richtigen Fährte. Der klerikale Feudalstaat, der ihnen als Ideal vor-schwebt, hat kaum einen unverföhnlischeren Feind, als das freie Bürgerthum. Der Slovenenfürher Her-man in der Steiermark ward von der national-klerikalen Partei mit allen Mitteln den Gemeinden um Pettau als Landtagsabgeordneter aufgedrungen, trogdem er kurz vorher offen die Wiederherstellung des Konfobates und der Patrimonialgerichte verfochten hatte; Jung- und Altzechen haben für Wiederein-führung der Prügelstrafe und der mittelalterlichen Jagdgesetze gestimmt, als man ihnen die Vergewal-tigung des deutschen Bürgerthums durch Sprachen-zwangsgesetze in Aussicht gestellt. Slovenen und Czechen haben sich demnach als willige Elemente für feudale Gelüste erwiesen; ihnen muß die Majorität gesichert werden, sie müssen der Eckstein des Föder-alismus werden; darum her mit einer neuen Land-tagswahlordnung.

Es ist ja so wohlfeil, damit noch ein wenig liberal zu schillern. Wie ungeheuer liberal nimmt es sich nicht aus, wenn man das Erforderniß der Landtäsklichkeit beim Großgrundbesitz als ein finsternes Ueberbleibsel feudaler Zeiten bezeichnen kann, als unwürdig der aufgeklärten Gegenwart! Darum hinweg mit der Landtäsklichkeit! Leider war man blos dort so ungeheuer liberal und hob die Landtäsklichkeit auf, wo der Großgrundbesitz verfassungstreu wählte; dagegen findet man die Landtäsklichkeit in der Ord-nung in Böhmen, Mähren und Niederösterreich, wo angenommen werden konnte, daß er stets feudal bleiben werde.

Vorrechte darf es bei einer aufgeklärten Regie-rung, wie die unsere ist, keine mehr geben; darum hinweg mit dem Vorrechte der Handelskam-mer in dieser Zeit der Freiheit und Gleichheit. Es ist offenbar nur eine boshafte Verleumdung nichtsnugiger Preßjuden, wenn behauptet wird, die Handelskammern seien ihres Wahlrechtes verlustig geworden, weil sie fast immer liberal und verfas-sungstreu gewählt, weil sie des Glaubens waren, durch freisinnige Abgeordnete am besten die Inter-essen des besitzenden und gewerbetreibenden Bürger-thums auch in den Ländern mit gemischter Bevöl-kerung schützen zu können, das ist, wie gesagt, reine Verleumdung; versichert doch die „Wiener Abend-post“ auf Tren und Glauben, der Handelsstand sei seinem Wesen nach kosmopolitisch, habe aber bisher das nationale Interesse zu sehr in den Vordergrund treten lassen — die kindische Alte wollte damit eigent-lich sagen, der Handelsstand habe bisher leider meist deutsch und verfassungstreu gewählt, darum hinweg mit ihm.

Ein weiteres, nur aus finsternen Zeiten her-rührendes Ueberbleibsel sind die Virilstimmen,

Feuilleton.

Ueber Bürgerschulen.

Man mag über die neuen Schulgesetze urthei-len, wie man will, das wird jeder zugestehen müssen, daß sie von einem warmen Eifer für Hebung des Jugendunterrichtes beseelt sind, und eine durchgrei-fende Verbesserung desselben bezwecken. Man mag über die Erreichbarkeit der darin gesteckten Ziele in dieser oder jener Disziplin, in diesem oder jenem Landestheil, in diesem oder den folgenden Jahr-zehnten streiten, das steht ohne Zweifel fest, daß sich alles darin geforderte und mehr noch als dies, in Städten, welche eine intelligente und strebsame Be-völkerung haben, wirklich erreichen läßt. Denn man hat nicht Fantome fixirt, sondern an thatsächlich vorhandenes angeknüpft, und was anderwärts sich mit gutem Erfolge durchführen ließ, das muß sich überall durchführen lassen, wo dieselben Vorbedin-gungen und derselbe rege Wille vorhanden sind. Das so eben gesagte soll sich auf eine Institution be-ziehen, welche für unser soziales und politisches Leben von der größten Tragweite ist, auf die Bürger-schule. In Deutschland hat man längst das Be-

dürfniß gehabt, auch denen, welche nicht eine Real-schule oder ein Gymnasium durchmachen, eine bessere Schulbildung zu bieten, als dies die allgemeine Volksschule vermag, und selbst in kleineren Städten, welche übrigens durchaus nicht mit schlechten Volks-schulen versehen waren, suchte der Bürgerstand sei-nen Kindern die Erwerbung umfassenderer Kenntnisse zu ermöglichen durch Gründung höherer Knaben- und Töcherschulen. In Oesterreich haben diese Bürgerschulen jetzt auch Eingang gefunden; in Wien, Graz und gewiß auch in anderen Städten von Be-deutung sind sie gegründet worden, und ohne Zweifel werden sie in einigen Jahren ein allgemein gefühltes Bedürfniß sein.

In unserer lebhaft pulsirenden Zeit werden an den Einzelnen weit größere Anforderungen gestellt, als ehedem. Die gewaltigen Erfindungen unseres Jahrhunderts haben mit mächtigen Armen in das Trieb-rad unseres Verkehrs eingegriffen, und sie wollen verstanden werden, nicht nur von Männern der Wissenschaft, sondern auch von dem betriebsamen Bürger. Die gute Volksschule erzieht intelligente Arbeiter, aber keine intelligenten Kaufleute, Gewerbs-leute, mit einem Worte Bürger. Nehmen wir zu den Anforderungen des sozialen Verkehrs noch das rege politische Leben der Gegenwart, in welcher

gerade dem Bürgerstande die größte und wichtigste Aufgabe zu Theil geworden ist, aber auch mit Recht gefordert wird, daß er diese seine Aufgabe begreife, so bedarf es wohl keiner umschweifenden Beweis-führung, daß eine Höherstellung der allgemeinen Bildung ein unbedingtes Erforderniß unserer Zeit ist. Diese bezweckt aber gerade die Bürgerschule für den Bürgerstand, und zunächst sind selbstverständlich bei Gründung derselben die Knaben ins Auge zu fassen.

Was soll sie nun leisten, diese Schule? In den ersten 4 Klassen, welche die Kinder vom 6. bis 10. Jahre besuchen, soll nach Ansicht des Verfassers dieser Zeilen das Ausmaß des gewöhnlichen Unter-richtes nicht viel überschritten werden; denn es muß unbedingt Rücksicht darauf genommen werden, daß hier ein gewisser Abschluß stattfindet für die Knaben, welche in eine Mittelschule übergehen wollen, um sich dem Studium zu widmen. Dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß trotzdem alles gründlicher und gediegener gelehrt werden kann und muß, als in einer Volksschule, da die Klassen nicht so zahlreich und dabei überwiegend von Kindern aus dem gebil-deten Mittelstande besucht sein werden. Hier ist vor allen Dingen Werth zu legen auf einen gediegeneren Sprachunterricht, sowie auf Erweiterung des Wis-

oder die dem einzelnen Stande als solchem zustehenden Stimmen in der Landesvertretung; darum hinweg mit den Wahlstimmen der Universitätsrektoren aus den Wahlordnungen! ist man doch nicht immer in der Lage, einen theologiae professor als Rektor zu haben; doch beileibe nicht gerührt an die Wahlstimmen der Bischöfe! an ihnen hat man ja ganz sichere Gegner der Verfassung und der freirechtlichen Entwicklung derselben.

Nach solchen Proben achten, in der Wollgefeßten Liberalismus, scheint es fast unmöglich, daß man sich noch darin überbieten könne. Doch weit gefehlt, nun beginnt erst Dr. Schäßle's Weizen zu blühen. „Selbst und unmittelbar über der Staatsbürger sein wichtigstes politisches Recht aus, das der Wahl.“ Nach diesem Grundsatz kann doch das Institut der Wahlmänner in den Landgemeinden unmöglich fortbestehen, es könnten ja dadurch dennoch mitunter intelligente, selbständige Männer mit der Stimmenabgabe betraut werden. Die unselbständige, unter klerikalen Hochdruck stehende Masse der Wähler soll selbst heran an die Urne. Ferner sieht es ja ungeheuer liberal aus, wenn die Wahlordnung aufgebaut wird auf „breitester Grundlage.“ Geschwind den Zensus auf 5 fl. herabgesetzt in den Landgemeinden! Das ist beim durchschnittlichen Bildungsstande unserer Landgemeinden ja das bequemste Mittel, vermittelt der gedankenlosen Stimmmaschinen der ultramontan-feudalen Querköpfigkeit dauernd die Majorität zu verschaffen und den geistig mündigen Theil der Bevölkerung mundtot zu machen. Und wenn sich auch einmal eine vernünftige Maßregel, wie die geheime Abstimmung vermittelt Stimmzetteln in dieses Nachwerk verirrt, so wird sie gleich wieder durch einen Zusatz oder durch eine Unterlassung lahmgelegt. Warum z. B. erklärt sie nur Stimmzettel mit dem Antsiegel für zulässig? Warum hat die Regierung das Wahlrecht nicht wenigstens an die Bedingung geknüpft, daß die Wähler, auch die Fünfguldenmänner! lesen und schreiben können müssen? Wenn sie öffentliche Lehrer und Beamte von der Wählbarkeit ausschließt, um sie nicht ihrem Berufe zu entziehen und weil sie dem Kampfe der politischen Parteien fern bleiben sollen, warum gestattet sie den katholisch-politischen Kasino's und den Geistlichen die unbeschränkste Wählerei gerade in Hinsicht auf die Wahlen? Ist der Beruf der Geistlichkeit ein minder ernster? Sind die leidenschaftlichen politischen Parteikämpfe für die Männer des Friedens und der selbstlosen Nächstenliebe minder anstößig? Und wie steht es erst mit dem fast unbeschränkten Einfluß der politischen Behörden auf die Zusammensetzung der Wahlkommissionen und Wählerlisten? Wie steht es mit dem Recht des Statthalters, die Wahlorte auf

dem Lande nach Belieben zu bestimmen? Kurz und gut, wohin man blickt, man entdeckt nirgends den Standpunkt der gerühmten Gerechtigkeit und allgemeinen Billigkeit, wohl aber durchgehends echt jesuitische Prinzipien, durchgehends das Streben, in jenen Wahlgruppen und Ländern, in denen bisher liberal gewählt wurde, Änderungen, und zwar ausschließlich zu Gunsten der Rückschrittspartei anzubringen. Dadurch ist der Verfassungspartei auch ihre Haltung gegenüber dieser Vorlage vorgezeichnet. Wo sie die Majorität hat, wird sie die Vorlage in Haus und Bogen verwerfen und sich ein freisinniges Wahlgesetz schaffen: wo sie in der Minorität ist, darf sie sich an dem Zustandekommen eines solchen Gesetzes nicht betheiligen.

Politische Rundschau.

Waibach, 21. September.

Inland. „Die deutsche Partei wird durch ihre Tiraden und Demonstrationen in einigen großen Städten, als Wien, Brünn und Linz Krawalle hervorrufen, um auf diese Weise eine verwerfliche Profession auszuüben. Das Manöver könnte wohl gelingen, denn der Pöbel ist verarmt, entchristlicht und aufgehekt. Darum sei die Bourgeoisie rechtzeitig gewarnt. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist es angezeigt, daß jeder Putsch sofort und mit eiserner Strenge unterdrückt werde. In Wien befinden sich derzeit lauter sehr verlässliche Regimenter aus Galizien, der Slowakei und Kroatien und eine respectable Anzahl Stockbegen ist zur Zeit bereits konfiszirt worden. In jedem Falle wird der Säbel seine Pflicht thun.“ Diese an Hahnau, Windischgrätz und Murawiew erinnernde Sprache führt gegenwärtig ein Wiener Blatt, dessen Patrone, die Clam und Thun, in den innigsten Beziehungen zur Ausgleichsregierung stehen. Man sieht, die Herren können sich in ihrer ohnmächtigen Wuth darob, daß ihnen die Haltung des deutschen Volkes einen Strich durch die Rechnung gemacht, schon nicht mehr fassen; und dazu halten sich diese Deutschen so streng innerhalb der gesetzlichen Schranken, daß man ihnen nicht beikommen kann! Also muß es die Demunziation thun; man schreit in die Welt hinaus, die Deutschen werden nächstens die Republik ausrufen, blutige Tumulte hervorrufen, die Klassen plündern, die Wiener Ringstraßpaläste mit Petroleum verheeren. In diesem Wahnsinn liegt Methode, man sehnt ordentlich einen Gewaltakt herbei, um die „Regimenter aus Galizien, der Slowakei und Kroatien“ gegen das verhaßte feindliche Bürgerthum loszulassen. Schöne Zustände das, die uns die Ausgleichsära gebracht.

Ein ministerielles Organ bringt bereits eine Skizze der Adresse des böhmischen Landtages. Zuletzt spricht sie den Dank aus für die Anerkennung des tschechischen Staatsrechtes (was sagt die „Abendpost“ dazu?) und für die in Aussicht gestellte Krönung. Zugleich wird der Bitte Ausdruck gegeben, der Kaiser möge seine Minister veranlassen, die erforderlichen Einleitungen zu treffen, damit ein gültiger Vertrag zwischen dem Königreiche Böhmen und seinem Könige geschlossen werden könne. Nachdem aber der König keine Verbindlichkeit gegen Böhmen eingehen kann, so lange er nicht jener verbunden ist, zu welchen ihn das Patent vom 26. Februar 1861 und die Staatsgrundgesetze vom 21ten Dezember 1867 verpflichten, und nachdem es unmöglich sei, das böhmische Staatsrecht mit den Rechten der anderen Königreiche und Länder, welche aus der erwähnten Verfassung abgeleitet werden, zu vereinen, so sei es zuerst nothwendig, daß der Reichsrath dem Kaiser durch eine Umänderung der Dezember-Verfassung „seinen freien Willen“ zurückgebe. Sobald der König von den „Fesseln dieser Verfassung“, welche für die Tschechen gar kein Interesse habe, befreit sein werde, „wird das Königreich Böhmen keinen Anstand nehmen“, ja es werde sogar „nicht zögern“ (wie gnädig!), Deputirte aus Böhmen und Mähren (Schlesien bleibt dabei aus dem Spiele) nach Wien zu schicken, welche mit dem Reichsrathe zu verhandeln haben werden über die Weise, in welcher der König von Böhmen mit der böhmischen Nation einen staatsrechtlichen Vertrag schließen könne. Mit dem Resultat dieser Verhandlung soll dann eine eigene Deputation, eine sogenannte Krönungsdeputation, vor den Thron des Königs treten, ihn mit demselben vertraut machen und zugleich einladen, in Folge der nunmehr, „getroffenen Vereinbarung der Krone Böhmen“ mit den übrigen Königreichen und Ländern Sr. Majestät sich in Prag krönen zu lassen. (Darnach würden also die Tschechen nicht einmal den Reichsrath beschicken. Die Versicherungen der Offiziösen in dieser Hinsicht waren also purer Schwindel.)

Der erst seit ein paar Tagen aufgetauchte „böhmische Staat“ hat rasch seinen Bundesgenossen gefunden. Die Franzosen nämlich sind ganz glücklich darüber, daß ein neues Reich über Nacht empor geschossen, welches vielleicht gar im Stande wäre, den verhaßten Deutschen einmal den Garaus zu machen. Sie hoffen Großes von der tschechischen Nation.

„Der Staat Böhmen,“ schreibt die „Opinion Nationale,“ war ehedem größer. Er umfaßte ganz Schlesien, das, wie man weiß, mit Tschechen und Polen bevölkert ist, und eine andere Provinz, die

jens durch Anschauung, besonders im Gebiete der Naturbeschreibung. In der 3. Klasse kann das Zeichnen begonnen werden, der Unterricht in der Geographie seinen Anfang nehmen und die Erzählung der alten griechischen und germanischen Sagen in den Geschichtsunterricht einführen.

Mit der 5. Klasse beginne dann die gründliche Weiterführung und höhere Ausbildung der Schüler, welche in sämtlichen für das praktische Leben nöthigen Unterrichtszweigen bis zu ihrem 14. Lebensjahre sich ein übersichtliches Wissen aneignen sollen. Im Sprachunterricht ist die Satz- und Interpunktionstheorie genau und vollständig durchzunehmen, die Aufsatzthemen steigen auf zu Schilderungen und Reflexionen; die Geschichte schließt die Literatur in sich ein, Geometrie und geometrisches Zeichnen beginnen, der arithmetische Unterricht führt bis zur einfachen Buchhaltung, Physik und Chemie öffnen ihre reichen Schätze, die Naturbeschreibung führt ein in die Mannigfaltigkeit der Formen, in den wunderbaren Bau des menschlichen Körpers, in die Lehren von seiner Erhaltung und Pflege; und endlich finde diese Ausbildung ihren Abschluß durch die Erlernung der Kultursprachen der Gegenwart.

Geschieht diese Ausbildung in rechter Art und Weise, so darf zudem eines nicht unterschätzt wer-

den: mit dem Wissen wird zugleich das Streben nach weiterer Ausbildung den Kindern eingepflanzt, und es ist nicht so leicht zu befürchten, daß sie in die Stupidität versinken, welche wir so häufig bei den halbgebildeten jungen Leuten unserer Zeit unter feiner frisirten Locke antreffen.

Nach dieser Darlegung braucht man wohl nicht die Frage an die Leiter von höheren Fachschulen, an Kaufleute und Meister zu stellen, ob sie mit der Vorbildung eines solchermaßen in einer Bürgerschule ausgebildeten Schülers oder Lehrlings zufrieden sein möchten. Wohl aber könnte ein Einwurf gemacht werden, der hier noch Berücksichtigung finden muß. Man könnte sagen: Alles dies ist recht gut, aber um es zu erlernen, bedarf es keiner besonderen, keiner Bürgerschule; wir haben dafür die Unterrealschule, und Bürgerschulen mögen allenfalls dort am Plage sein, wo keine Mittelschule existirt. Dieser Einwurf ist jedoch leicht zu beseitigen. Erstens nämlich lehrt die Erfahrung, daß die Bürgerschulen auch dort, wo Realschulen bestehen, in großer Blüthe sind und herrliche Früchte bringen, und zweitens geht die Grundsichtigkeit dieses Einwurfes daraus hervor, daß die Unterrealschule einen ganz anderen Zweck und darnach eine ganz andere Behandlung und Eintheilung des Lehrstoffes haben muß, als die

Bürgerschule. Erstere hängt organisch mit der Oberrealschule zusammen und hat in erster Linie den Zweck, ihre Schüler zu dieser hinzuführen. Der gesammte Lehrstoff in den erwähnten Lehrfächern wird auf wenigstens 6 Klassen ertheilt; in den 4 ersten Jahren lernt man also einen Theil des Ganzen, und diesen gewiß ganz gründlich; aber, tritt der Schüler dann aus, so weiß er von dem Rest — und dieser ist in allen Fällen wichtiger, als das Einleitungsstudium — gar nichts. Ganz anders ist es selbstverständlich, wenn in 4 Jahren eine Gesamtübersicht über das wissenschaftlichste gegeben wird, und das will die Bürgerschule; sie will ihre Zöglinge mit einer abgeschlossenen Bildung ins Leben treten lassen.

Wo außer der gewöhnlichen Volksschule nur eine Realschule besteht, sind allerdings die Knaben, welche sich einem praktischen Fache widmen wollen, genöthigt, in dieselbe einzutreten. Wohl dem, der alle ihre Klassen durchlaufen kann; aber die wenigsten können es, und die Erfahrung lehrt, daß eine verhältnißlose Mehrheit nach dem Besuche einiger Klassen wieder austritt. Muß nicht das Streben der Realschule durch eine solche Ueberfüllung der unteren Klassen beeinträchtigt werden? Muß es nicht ein peinliches Gefühl sein für die Professoren dieser

Lausitz, deren Bewohner gleichfalls Slaven, dem Stamme der Wenden oder Serben (soll wohl Sorben heißen) angehören. Diese beiden Provinzen gehören jetzt zu Preußen und Sachsen. Allein, sowie die sächsische Dynastie erlischt, tritt das Königreich Böhmen vertragsmäßig wieder in den rechtlichen Besitz der Lausitz.

Dies ist das Königreich Böhmen, dessen Rechte und gesetzlichen Bestand Kaiser Franz Josef anerkannt und proklamiert hat. Man stelle sich nun den neuen Staat vor, der im Osten und Südosten an alle slavischen Länder Europa's grenzt und deren Haupt er wird; man wird alsdann leicht die ganze Tragweite des großen Ereignisses, das sich gegenwärtig in Oesterreich vollzieht, sowie seinen Zusammenhang mit dem seit längerer Zeit schwebenden Projekte begreifen, eine große Slaven-Konföderation zu schaffen, welche dazu bestimmt sein wird, das ehemalige Königreich Polen und seine das Gleichgewicht erhaltende Kraft im Mittelpunkte Europa's zu ersetzen.

Die wesentlichsten Ausgleichsbedingungen außer der Königskrönung sind: Der Reichsrath und die Delegationen bestehen fort. Der böhmische Landtag beschickt den Reichsrath. Die direkten Steuern werden von den Landesregierungen bemessen und zur Bedeckung der Landesbedürfnisse für Administration, Schule und Justiz verwendet. Die indirekten Steuern bemisst der Reichsrath. Das Quotenverhältniß zu Ungarn wird nicht alterirt und bestimmt der Reichsrath die auf Böhmen zum Staatshaushalte entfallende Beitragsquote. Der Landesauschuß wird aufgehoben und verschmiltzt mit der Statthalterei zur Landesregierung. An der Spitze dieser steht der Kanzler für Böhmen. In Prag wird ein oberster Gerichtshof errichtet. Alle Schulen, die Universität ausgenommen, unterstehen der Landesregierung. Die Bezirksvertretungen verschmelzen mit den Bezirkshauptmannschaften zu politischen Bezirksämtern. Die Bezirkshauptmannschaften behalten die Exekutive.

Ausland. Die Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands in Mainz hat in ihrer Schlußsitzung eine Resolution einstimmig beschlossen, die in mehreren Punkten sehr heftig und leidenschaftlich gegen die Besitzergreifung Roms von Seiten der Italiener protestirt, das Garantiegesetz für „unannehmbar“ erklärt und ihren tiefen Schmerz darüber ausdrückt, daß keine katholische Macht gegen diesen „Raub“ eine diplomatische Intervention „zum mindesten“ unternommen habe.

Um übrigens unseren Frommen, die nie müde werden, den „reinen Katholizismus“ als die beste Waffe des Reiches zu erklären, eine Freude zu bereiten, theilen wir des weiteren mit, daß zum Schlusse die Versammlung das Lied „Gott erhalte Franz, den Kaiser“ einstimmte. Und da soll noch

Klassen, ihre Zöglinge so, halb ausgebildet, wieder scheiden zu sehen?

Die Bürgerschule hat also ein beschränktes Ziel, aber dieses kann sie auch ungehindert erreichen. Sie stellt sich die Aufgabe, die Knaben bis zum 14. Lebensjahre der Art zu unterrichten, daß sie befähigt sind, wohl ausgerüstet in das praktische Leben, und zwar besonders in den kaufmännischen und Gewerbebestand einzutreten. Wer die Mittel hat, kann dann immerhin zuvor eine kaufmännische oder sonstige Fachschule besuchen; die nöthigen Vorkenntnisse werden ihm nicht mangeln.

Es sollte dieser Aufsatz nur die Knabenschule besprechen; von der höheren Töchterschule ist deshalb hier nichts gesagt. Da für Mädchen aus besseren Familien fast überall Institute von genügender Zahl existiren, so ist ihr Bedürfniß nur sekundärer Natur, obgleich es nicht zu unterschätzen ist, daß bei einer solchen Töchterschule, besonders wenn sie unter städtischer Verwaltung steht, der Unterricht weit weniger kostspielig und darum für größere Kreise zugänglich ist.

D. Schack.

„eigentlichen Grundlagen“ der Macht und der Zukunft Oesterreichs lägen!

Das Aktionskomitee der Ultrakatholiken in Stuttgart hat bereits das Programm festgesetzt, mit welchem es bei der großen Ultrakatholikenversammlung in München aufzutreten gedenkt. Dasselbe enthält in den zwei ersten Punkten die Erklärung, daß die Ultrakatholiken die Unfehlbarkeit und keine andere Glaubenslehre in Abrede stellen, um das nach Religion rufende Volk nicht mit theologischen Zänkereien abzuspizen. Die weiteren Punkte lauten folgendermaßen:

Ein Hauptziel der katholischen Aktion soll die Begründung einer Verfassung der Kirche sein, wie sie dem Christenthum entspricht und wie sie schon in den ersten Jahrhunderten bestand. Wir streben an: a) Beschränkung der Rechte des Papstes nach Maßgabe der Heiligen Schrift und der Zeugnisse der Kirchenväter; b) Anerkennung des ökumenischen Konzils als entscheidender Behörde in Feststellung von Glaubens- und Sittenregeln nach dem Zeugnisse der Kirchengeschichte; c) Wahl der Geistlichen, der Bischöfe, des Papstes und des Konzils durch das christliche Volk oder seine Delegirten. Begründet wird dies mit der historischen Thatsache, daß es in den ersten drei Jahrhunderten so gewesen. Das Volk soll an der Regierung der Kirche wieder den gebührenden Theil erhalten, den ihm Jesus und seine Apostel zuerkannten.

Dem Zustandekommen des Zollvertrags zu Gunsten von Elsaß-Lothringen stellen sich ernsthafteste Hindernisse entgegen, die Schutzzöllner in der französischen Konstituante haben solche Klauseln hinzugefügt, daß es fraglich ist, ob derselbe von deutscher Seite ratifizirt werden wird. In dem Fall bleiben sechs Departements auch fernerhin noch von deutschen Truppen besetzt, die sonst schon jetzt geräumt worden wären und bleibt die Okkupationsarmee um 30.000 Mann stärker.

Zur Tagesgeschichte.

— Als Freitag am 15. um 9¹/₂ Uhr Vormittags der von Graz abgegangene Militärzug, worin sich die Stabsoffiziere des Kaiser Nikolaus 5. Dragoner-Regiments befanden, aus dem dritten Tunnel gegen Marburg heransah, bemerkte der Zugführer, daß ihm auf dem gleichen Geleise ein Lastenzug entgegengahre. Sogleich wurde das Reichen zum Bremsen gegeben und mit großer Anstrengung gelang es, beide Züge in einer gegenseitigen Entfernung von kaum mehr 50 Schritten zum Stillstande zu bringen, worauf der Lastenzug nach Marburg zurückfahren mußte. Nur an einem Haare hat es geangegangen, daß nicht ein schaudervolles Unglück herbeigeführt wurde. Die Ursache aber, daß beide Züge sich auf einem und demselben Geleise begegneten, sollte eine falsche Stellung des Wechsels, wahrscheinlich durch Nachlässigkeit des betreffenden Weichenstellers, gewesen sein.

— Zwischen der ungarischen Regierung und dem Fiumaner Komitee ist ein Konflikt ausgebrochen. Der „P. N.“ bringt über denselben nachstehende Details: „Der Sitz und das Zentrale des Fiumaner Komitees war bisher die Stadt Fiume. Nachdem aber diese Stadt an Ungarn zurückfiel, mußten die Beziehungen, in welchen sie zum Komitee stand, aufhören. Die Regierung forderte daher das Komitee auf, seinen Amtssitz aus Fiume an einen anderen, ihr geeignet erscheinenden Ort zu verlegen. Zu diesem Zwecke wurden die Städte Buccari, Portore und Fascini empfohlen. Das Komitee wollte aber dem Wunsche der Regierung keine Folge leisten und will auch ferner um jeden Preis in Fiume seinen Sitz haben; vor Kurzem erklärte es, bloß der Gewalt weichen zu wollen und reklamierte sogar für sich jenes Gebäude, in welchem der Gouverneur Graf Bichy präsidirt. Diese Renitenz des Komitees rief zwischen der Regierung und dem Komitee einen unangenehmen Konflikt hervor, welcher schließlich doch zur Niederlage des Komitees führen wird, da die Regierung ohne Zweifel soviel Energie besitzen wird, ihre Anordnung, das renitente Komitee nötigenfalls mittels „Brachium“ aus der Stadt hinauszuschaffen, durchzusetzen.“

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Aus dem Landtag.) In der gestrigen 3. Landtagsitzung, in welcher 21 Abgeordnete anwesend waren, begründete Dr. Costa seinen Adressantrag. Anknüpfend an die vorjährige Adresse, betont er, selbe bilde die Deklaration des krainer Landtages, sowie die Grundlage seiner Thätigkeit und das letzte Ziel seiner Bestrebungen. Jetzt sei die politische Lage noch wichtiger, darum auch notwendig, sich mit einer neuen Adresse an Se. Majestät zu wenden. Es stehe ein Ministerium am Ruder, welches das Vertrauen des Hauses und der Völker (!) besitze; dieses Ministerium bekämpfe aber eine zwar nicht sehr große, aber mächtige Partei, deren Thätigkeit auf die Untergrabung des angestrebten Friedens unter den österreichischen Völkern gerichtet sei. Der Föderalismus, welchen das jetzige Ministerium vertrate, sei die einzige Rettung Oesterreichs, er bedede nicht Hertrümmern Oesterreichs, sondern ein starkes, auf der Treue zufriedener Völker beruhendes Oesterreich. Der Kampf zwischen Föderalisten und Zentralisten sei ein Kampf zwischen Freiheit (!) und Bergewaltigung; wahre Freiheit sei in Oesterreich nur auf den Grundlagen des Föderalismus möglich; schon jetzt herrsche im Reiche ein freiheitlicheres Regieren, als unter dem Bürgerministerium, welches über eine Provinz den Belagerungszustand verhängte (natürlich, nach Dr. Costa trägt das Ministerium die Schuld an den tschechischen Ausläufen und Judenplünderungen!) und unter welchem der Aufstand in Dalmatien ausgebrochen sei; damals wollte man Freiheit nur für sich, für die anderen Bergewaltigung. Es sei dies kein Kampf zwischen Deutschen und Slaven, wie dies aus den Vorgängen im tirolischen, oberösterreichischen und vorarlberger Landtage sich ergebe, welche auch gleich den Slaven ein mächtiges, aber auf Autonomie der einzelnen Länder gebautes Oesterreich wollen. Der Kampf gegen das Ministerium sei ein erbitterter; allein wie es bisher, unbeirrt durch die Bekämpfung im Reichsrathe, auf dem von den Slaven gebilligten Wege vorgeschritten sei, so werde es schließlich den Sieg erringen, um so leichter, als die Vertreter des Zentralismus Generale ohne Armeen seien; denn eine Opposition, die sich nicht auf das Volk stütze, sei eine hohle. (Daß hinter der Opposition das deutsche Volk steht, das dürfte sich weit eher zeigen, als dem Dr. Costa lieb ist.) An dem jüngsten deutschen Parteitage in Wien hätten, Zeitungsnachrichten zufolge, auch zwei krainer Landtagsabgeordnete und noch dazu Beamte, theilgenommen (ist bekanntlich erlogen!), allein diese beiden hätten nicht hundert Bürger hinter sich. Ueber eine solche Opposition könne das Ministerium leicht lachen. (Es scheint nicht so ganz der Fall zu sein.) Ein weiterer Grund, eine Adresse an Se. Majestät zu richten, sei das an den tschechischen Landtag erlassene kaiserliche Reskript, in welchem an selben die Aufforderung ergangen, die Grundlagen und Mittel zu einer gemeinsamen, auf Begründung einer neuen Verfassung gerichteten Thätigkeit zu bieten. (Was sagt die „Wiener Abendpost“ dazu?) Auch der krainer Landtag habe die Pflicht, seine Wünsche in Betreff der Landes- und Staatsverfassung darzulegen, damit ihm sein Recht, wie den Tschechen zu Theil werde. Dieser Gegenstand bedürfe jedoch einer reiflichen und gründlichen Prüfung, daher er die Wahl eines stehengliedrigen Ausschusses beantrage, was einhellig angenommen wird. Nachdem dann die Gesuche mehrerer Gemeinden, einige Rechnungsabschlüsse von 1869 und 1870, der Voranschlag für 1872, betreffend den Landes-Krankenhaus-, Gebäranstalt-, Findelanstalt-, Irrenhaus-, Zwangsarbeitshaus-, Landeskultur-, Theaterfond, sowie den Fond zum Baue eines Irrenhauses dem Finanzausschusse zugewiesen worden, berichtet Dr. Plewits über den Antrag des Landesauschusses auf Reorganisation der Landeswohlfahrts-Anstalten. Die Anträge des Landesauschusses sind im wesentlichen folgende: Die Leitung der medizinischen Angelegenheiten wird von der Leitung der Verwaltungsangelegenheiten getrennt; beide Leiter unterstehen dem Landesauschusse, dem auch das künftige Ernennungsrecht

derselben aus den Primarien zukommt. Die Krankenanstalt hat vier Abteilungen, für jede einen Primarius und Sekundarius. Diese Anträge werden in zweiter und dritter Lesung angenommen. Weiters steht auf der Tagesordnung eine Resolution dahingehend, daß bei jeder Bezirkshauptmannschaft auch ein Bezirksarzt bestellt werde. Der Landespräsident verspricht selbe kräftigst unterstützen zu wollen. Weiters berichtet Dr. Bleiweis über die Aufhebung des Findelhauses und beantragt, daß der schon in der Sitzung vom 24. August 1870 gefasste Beschluß, daß die Findelanstalt mit 1. Juli 1871 aufzulassen sei, die Gebäranstalt und Hebammenschule aber fortzubestehen habe, der allerhöchsten Genehmigung zu unterbreiten sei, was ohne Debatte angenommen wird. Schließlich berichtet Dr. Costa über einen Antrag des Landesausschusses: Der Landtag wolle beschließen, daß inskünftige die Ernennung des Verwalters des Zwangsarbeitshauses nach § 25 der Landesordnung in den Bereich des Landes falle, was ebenfalls ohne Debatte angenommen wird. Nächste Sitzung Montag den 24ten September.

(Schadenfeuer.) Heute, eine halbe Stunde vor Mittag, ertönten drei Kanonenschüsse vom Kastell und ward ein Feuer in der Gradischavorstadt signalisiert. Es hatte aber schon längere Zeit gebrannt, so daß Feuerwehrmänner bereits beim Brande waren, ehe noch geschossen wurde. Es brannte in der Gradischahs-Nr. 1 beim Bäcker Gacnil ein Nebengebäude, welches theils als Holzlege, theils als Wohnung benutzt wurde. Namentlich Wippacherinnen hatten ihr Lager auf dem Bodenraume, und den Armen ist der größte Theil ihrer Habe verbrannt. Die Feuerwehr war rasch am Platze und dämpfte das Feuer nach einstündiger angestrengter Arbeit völlig, so daß alle Gefahr vorüber war und der Löschtrai abfahren konnte. Nur eine Wache und eine alte Spritze blieb auf der Brandstätte. Auch ein Piquet Landwehr wurde zugetheilt und arbeitete tüchtig an der Pumpe. Der Bürgermeister, der Magistratskommissär, sowie mehrere Gemeinderäthe waren sofort am Brandplatze erschienen.

(Ausstellung.) Nur Samstag den 23ten d. M. wird in den ebenerdigten Räumen des hiesigen Museums ein großes historisches Gemälde von Prof. Franz Globocnik aufgestellt. Es stellt die Enthauptung des h. Stefan dar und die Christenverfolgung in den Katakomben St. Luzia 257 u. Chr. Das Bild ist für die Pfarrkirche in Reifnitz bestimmt.

(Rettung.) Die k. k. Landesregierung hat dem Martin Krakovic aus Bozjakovo Nr. 35, im Bezirke Tschernembl, für die mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung des Knechtes Ivan Waida aus Widoike vom Tode des Ertrinkens im Kulpa-Flusse die gesetzliche Rettungsgebühr zuerkannt.

(Widmung.) Der Ausschuß der „Slovenska Matica“ hat 200 Exemplare des vom besagten Vereine im Jahre 1867 herausgegebenen slovenischen Werkes „Stirje letni časi“ für die Bibliotheken hiesiger Volksschulen bestimmt.

(Logenvermietung.) Für die beginnende Theater-Saison sind noch die Logen 16 und 28 zu vermieten, worüber beim landschaftlichen Portier nähere Auskunft erteilt wird.

Witterung.

Katibach, 21. September.

Nachts schwacher Regen. Morgens Nebel, der sich später hob. Wolkendecke meist geschlossen, abwechselnd Regen. Wärme: Morgens 6 Uhr + 13.2°, Nachmittags 2 Uhr + 16.0° C. (1870 + 18.0°; 1869 + 15.3°). Barometert in raschen fallen 730.37 Millimeter. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 11.5°, um 2.3 unter dem Normale.

Angelommene Fremde.

Am 20. September.

Elefant. Sigmund, Gottsche. -- Joffer, Bahnbediener, Graz. -- Graf Welsberg, k. k. Oberst, Graz. -- Carl, Triest. -- Swoboina, Triest. -- Hren, Kaufm., Laufen. -- Caiffart, Kaufm., Aserlohn. -- Goddiche, Fabrikant, Meissen. -- Caffar, k. k. Oberst und Generalsadj. Chef, Graz. -- Hausner, Kaufm., Görz. -- Drefschel, Professor, Görz. -- Pirker, Poitsch. -- Repina, Private, Poitsch.

Kotter, Private, Poitsch. -- Gorjup, Handelsm., Görz. -- Guedda, Religionslehrer, Triest. -- Hočvar, Bauunternehmer, Gurkfeld. -- Hofstetter, Dechant, Adelsberg. -- Pinter, Pfarrer und Landtagsabgeordneter, Oberkrain. -- Bronwoig, Triest. -- Montag, Triest.

Stadt Wien. Dr. Razpet, Sanitätsrath, Adelsberg. -- Schiffmüller, Werks-Direktor, Krainburg. -- Worgensperger, Kaufm., Wien. -- v. Bach, Rentier, mit Familie, aus Sachsen. -- Schirnhofner, Private, Neapel. -- Globocnik, Kaufm., Graz. -- Bloch, Kaufm., Graz.

Bairischer Hof. Gaber, Stein. -- Kullnig, Wippach. -- Padel, Kaffier, Prag. -- Kubart, Südbahn-Beamte, Wien. -- Winneoid, Prag.

Möhren. Sagore, Wirth, Ragusa. -- Stadjeci, Lehrer, Pola. -- Krizai, k. k. Feldwebel, Senojetsch.

Verstorbene.

Den 20. September. Josef Kovac, Pader, alt 52 Jahre, in der Polanavorstadt Nr. 35 an der Gehirn-Lähmung.

Gedenktafel

über die am 25. September 1871 stattfindenden Vizationen.

- 1. Feilb., Eitsche Real., Globelj, W. Reifnitz. -- 1. Feilb., Majer'sche Real., Wruhnig, W. Rudolfswerth. -- 2. Feilb., v. Kleinmayer'sche Real., Seienberg, W. Seienberg.

Telegramme.

Wien, 20. September. Unterrichtersseite verlautet, daß alle von heutigen Wiener Morgenblättern verzeichneten Gerüchte über Aenderungen im Ministerium vollständig unbegründet sind. Die „Wiener Abendpost“ betont gegenüber den unberechtigten Schlussfolgerungen, welche Wiener Blätter aus ihrer jüngsten Auseinandersetzung ziehen, nochmals, daß jene Interpretation, welche die Erklärung der deutsch-böhmischen Abgeordneten dem kaiserlichen Reskripte angedeihen läßt, eine willkürliche, unhaltbare ist. Die „Abendpost“ überläßt der weiteren Entwicklung die Entscheidung darüber, ob nicht die jüngste Aktion der Verfassungspartei, die an jene willkürliche Reskriptauslegung geknüpft wird, auf Täuschung beruht. Schließlich weist die „Abendpost“ die Zumuthung der Blätter zurück, welche die Regierung mit den Auslassungen des Journals „Waterland“ in Verbindung bringen.

Wiener Börse vom 20. September.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Def. Hypoth.-Bank	Geld	Ware
Spec. Rente, 50. Fab.	55.70	58.80	—	—	95.50
do. do. 50. in Silber	68.70	68.80	—	—	—
Loose von 1854	91.20	91.50	—	—	—
Loose von 1860, ganzer	98.25	98.40	—	—	—
Loose von 1860, Hälfte	113	118.50	—	—	—
Prämienf. v. 1864	135.50	125.75	—	—	—
Grundentl.-Obl.					
Stiermarkt zu 50 St.	92	93	—	—	—
Kärnten, Krain					
u. Kärntenland 5	85.75	86	—	—	—
Ungarn „ zu 5	74	79.50	—	—	—
Proat. u. Slav. 5	86.25	86.50	—	—	—
Stiebersbürg. „ 5	76	76.50	—	—	—
Loose.					
Kredit 100 fl. 5. St.	183	183.50	—	—	—
Don.-Dampfsch.-Ges.					
zu 100 fl. 5. St.	93	100	—	—	—
Erzieher 100 fl. 5. St.	120.50	121.50	—	—	—
do. 50 fl. 5. St.	59	60	—	—	—
Diener 40 fl. 5. St.	34	35	—	—	—
Salz „ 40	43	44	—	—	—
Palffy „ 40	52	53	—	—	—
Starb „ 40	38.50	39	—	—	—
St. Genois „ 40	32.50	33	—	—	—
Windischgrätz 20	24	25	—	—	—
Waldheim „ 20	21	22	—	—	—
Regiebach „ 10	15	17	—	—	—
Rudolfsstift. 100 fl.	15	15.5	—	—	—
Woolool (3 Wron.)					
Kugelb. 100 fl. (abg. St.)	101.20	101.40	—	—	—
Frankf. 100 fl.	101.30	101.40	—	—	—
London 10 fl. 5. St.	118.10	118.20	—	—	—
Paris 100 Francs	45.95	45.60	—	—	—
Münzen.					
Kais. Münz-Ducaten.	5.75	5.77	—	—	—
90-Francstück	9.47	9.47 1/2	—	—	—
Bereinsthaler	1.79	1.79 1/2	—	—	—
Silber	119	119 25	—	—	—

Telegraphischer Wechselkurs

vom 21. September.

Sperr. Rente österr. Papier 58.95. -- Sperr. Rente österr. Silber 69. -- 1860er Staatsanleihen 98 1/2. -- Bankaktien 770. -- Kreditaktien 290.70. -- London 119. -- Silber 120. -- k. k. Münz-Ducaten 5.78. -- Napoleonsd'or 9.52.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise der Theilnahme und zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte meiner geliebten Gattin

Amalie Leitmaier
geb. Scheiger

insbesondere dem verehrlichen Männerchor der **filharm. Gesellschaft**, so wie allen Verwandten, Freunden und Bekannten sage meinen tiefgefühlten Dank.

Katibach, am 20. September 1871.

Dr. Viktor Leitmaier,
k. k. Staatsanwaltsadjunkt.

Oeffentlicher Dank.

Die gefertigte Hauptagentenschaft sieht sich angenehm verpflichtet, aus Anlaß des heute in der Gradischavorstadt stattgehabten Brandes der **Katibacher freiwilligen Feuerwehr** für deren schnelles Erscheinen am Brandorte und die lobenswerthe Umsicht und Thätigkeit beim Löschen ihren aufrichtigsten Dank öffentlich auszusprechen, indem nur ihrem thätigen, unverdrossenen Eingreifen zuzuschreiben ist, daß das unmittelbar beim verbrannten Objekte liegende, bei der gefertigten Hauptagentenschaft versicherte Wohngebäude von den Flammen verschont blieb.

Haupt-Agentenschaft für Krain
der k. k. priv.

Riunione Adriatica di Sicurtà in Triest.

Katibach, 21. September 1871.

E. Terpin.

In dem

Lehr- und Erziehungs-Institute

der (430-1)
Marie Edlen v. Zollerndorf

beginnt das 22. Schuljahr am

2. Oktober,

Spitalgasse Nr. 277, zweiten Stock.

Eine schöne

Familienwohnung,

bestehend aus 3 möblirten Zimmern, Küche, Boden, Holzlege, ist zu vergeben und sogleich zu beziehen.

Näheres im **Hotel Elephant Z.-Nr. 56** oder im Falle bei Herrn **Joh. Alfred Hartmann** im Grunnig'schen Hause.

(427-2)

Ein schöner, sehr gut erhaltener

Konzert-Flügel

ist preiswürdig zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

(426 2)

PARTIAL-SCHEINE

NB. Unsere Wechselstube besorgt den Ein- und Verkauf aller Gattungen Staats- und Industrie-Papiere, Gold- und Silbermünzen, Banknoten und Devisen genau nach dem jeweiligen Tageskurs. Aufträge für die k. k. Börse werden konstantest effectuirt. (Nachdruck wird nicht honorirt.)

auf den zehnten Theil eines kais. k. 400 Franken Prämien-Loses zu 12 Gulden 5. W.

Die nächste Ziehung erfolgt schon am 1. Oktober l. J. Haupttreffer 300.000 Franken in Gold. Rückkauf nach dem Tageskurs. -- Emittirt und zu beziehen gegen Einsendung des Betrages durch die

Oesterreichische Zentral-Bank,

Wien, Stock im Eisen-Platz Nr. 3.

Wien, Stock im Eisen-Platz Nr. 3.

(393-7)